

## **Niederschrift öffentlicher Teil**

Der Bau- und Wirtschaftsförderungsausschuss führte seine Sitzung am Montag, dem 20.04.2020, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 20:41 Uhr

### **Teilnehmer:**

#### **Anwesend:**

Vorsitz

Lenz, Matthias

Bürgermeister

Schulz, Nico

Stimmberechtigte Mitglieder

Brehmer, Stefan

Elsholz, David

Gose, Klaus-Peter

Guse, Horst-Dieter

Moser, Rainer

Tramp, Wolfgang

Mitglied mit beratender Stimme

Riedner, Bernd

Sachkundige Einwohner

Rieger, Fabian

Verwaltungsangehörige

Hoffmann, Elke

Köberle, Matthias

Gäste

Altmark-Zeitung

Volksstimme

Stadträte

Handtke, Michael

Matzat, Sandra

Werner, Torsten

#### **Abwesend:**

Sachkundige Einwohner

Brüggemann, Birgit

Henning, Felix

Köhler, Daniel

Schröder, Dorit

Schulz, Reinhard

## Bestätigte Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Bau- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 16.03.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung zur Stellungnahme "Neubau der 110-kV-Bahnstromleitung Insel - Wittenberge"  
Gast: Herr Matthias Rothe, DB Energie GmbH
6. Schweinezuchtanlage Wasmerslage: Zustimmung zum vorzeitigen Vollzug - Antrag der AfD-Fraktion  
Gast: Frau Heidrun Spengler-Knappe, Geschäftsführerin der MESA Agrar GmbH und der LFD Holding  
Vorlage: III/2019/080
7. Bericht über laufende Baumaßnahmen
8. Stand der Planungen zur BAB 14
9. Informationen des Bürgermeisters
10. Anfragen und Anregungen

### Protokoll:

### Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Herr Lenz begrüßt alle Anwesenden und eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Bau- und Wirtschaftsförderungsausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind sieben stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Er weist auf eventuelle Mitwirkungsverbote hin.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird wie vorstehend bestätigt.

ungeändert beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. **Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Bau- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 16.03.2020**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 16.03.2020 wird bestätigt.

ungeändert beschlossen

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3

#### **4. Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner aus Calberwisch hatte während der Einwohnerfragestunde in Calberwisch an den Bürgermeister eine Frage zu den Windrädern, die in Düsedau gebaut werden sollen, gestellt. Speziell ging es um die Höhe, die von 100 m auf 250 m Höhe gesteigert werden soll. Die Geräuschbelastung ist jetzt schon signifikant. Er regte an, eine Höhenbegrenzung für die Windräder über einen Teilflächenplan Wind bzw. den Flächennutzungsplan festzulegen. Er fragt nach dem derzeitigen Stand.

Herr Schulz hatte diese Frage an das Bau- und Wirtschaftsförderungsamt weitergeleitet mit der Bitte um Prüfung, inwieweit eine Höhenbegrenzung in dem zurzeit in Erarbeitung befindlichen Flächennutzungsplan eingearbeitet werden kann, ansonsten wird nach Beschluss des Flächennutzungsplans ein Teilflächenplan Wind erarbeitet.

Herr Köberle ergänzt, dass eine Höhenbegrenzung in den Flächennutzungsplan mit eingearbeitet werden kann.

Eine Einwohnerin fragt nach, ob die Eigentümer der Garagen im Garagenhof 3 zwangsenteignet werden sollen, da das Gelände durch einen Investor gekauft worden ist für den Bau eines Aldi oder Lidl.

Herr Schulz erläutert, dass ein Projektentwickler, der für Aldi tätig ist, beantragt hat, im Flächennutzungsplan einen Teil der Fläche des Garagenhofes 3 als Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel aufzunehmen, um dort perspektivisch einen Aldi-Markt bauen zu können. Der Projektentwickler hat die Fläche der Kleingartenanlage käuflich erworben. Hier hatte er angeboten, die Flächen zu tauschen, so dass die Stadt Eigentümer der Kleingartensparte wird. Es sind bisher keine Anträge gegenüber der Stadt bezüglich Enteignungen und dergleichen gestellt worden. Sollte dies geschehen, sind noch mehrere Beratungen und Beschlüsse des Stadtrates erforderlich. Hierbei spielen dann auch die Bedürfnisse der Garagennutzer eine große Rolle.

#### **5. Beratung zur Stellungnahme "Neubau der 110-kV-Bahnstromleitung Insel - Wittenberge"**

**Gast: Herr Matthias Rothe, DB Energie GmbH**

Herr Lenz begrüßt zu diesem TOP Herrn Rothe und Herrn Saiz von der DB Energie GmbH und erteilt diesen das Wort.

Herrn Rothe wurden im Vorfeld drei Themen übermittelt, die zur Diskussion stehen;

1. die Löschfähigkeit des Netzes
2. die Gemeinschaftsleitung mit 50 Hertz Transmission und
3. die Ausgleichsmaßnahmen, warum diese nicht in Osterburg umgesetzt worden sind.

zu 2. Auf Anfrage informierte 50 Hertz, dass sie in Vorbereitung von Planfeststellungsverfahren schon sehr weit vorangeschritten sind und bereits 2013 in das Planfeststellungsverfahren eintreten würden. Die gesamten bereits vorgenommenen Vorarbeiten, wie z. B. Planung und Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern, hätten neu erfolgen müssen. Auch gab es keine entsprechenden Masten, die erst hätten entwickelt und konstruiert werden müssen.

Ein Gutachten der TU Ilmenau hat ergeben, dass eine Gemeinschaftsleitung über ca. 50 km machbar, aber die Fehlerfälle für die DB nicht mehr beherrschbar wären. Aufgrund des Fortschritts bei 50 Hertz und dass die DB die Risiken nicht tragen wollte, hat sich die DB entschieden, eine Parallelführung zur 50-Hertz-Leitung zu bauen. Dies wurde mit der Raumordnungsbehörde so abgestimmt. Durch Losenrade gibt es eine ca. 1 km lange Gemeinschaftsleitung, da hier keine Paralleltrasse möglich ist.

zu 1. Herr Rothe erläutert, dass die Bahnstromleitung ein gelöschtes Netz ist und erläutert dies.

zu 3. Die DB hat sich mit der oberen und unteren Naturschutzbehörde unterhalten. Es ist nicht einfach, Flächen für die Aufforstung zu finden, die zusammenhängend, ökologisch sinnvoll und nachhaltig sind. Z. B. sollen landwirtschaftlich genutzte Flächen lt. Naturschutzgesetz nicht genutzt werden. Es wurden drei Maßnahmen gekürt, die leider nicht in Osterburg liegen, sondern eine Renaturierung/Aufforstung im Secantsgraben.

Herr Lenz fragt nach dem Ausführungszeitraum der Baumaßnahme.

Herr Rothe rechnet Ende 2021 mit einem Beschluss. Das bedeutet, dass im Frühjahr 2022 Baubeginn wäre und der Kreuzungsbereich mit 50 Hertz in 2023.

Auf Anfrage nach Einwendungen anderer Kommunen antwortet Herr Rothe, dass bereits Stellungnahmen vorliegen, von Seehausen allerdings noch nicht.

**6. Schweinezuchtanlage Wasmerslage: Zustimmung zum vorzeitigen Vollzug - Antrag der AfD-Fraktion**  
**Gast: Frau Heidrun Spengler-Knappe, Geschäftsführerin der MESA Agrar GmbH und der LFD Holding**  
**Vorlage: III/2019/080**

Herr Riedner erläutert den Antrag der AfD-Fraktion anhand der Beschlussvorlage. In Ergänzung weist er darauf hin, dass auch nach dem Eigentümerwechsel von Seiten der Mesa Agrar GmbH sowie des neuen Eigentümers an dem bisherigen Konzept festgehalten wird. Mit dem Eigentümerwechsel an ein Schweizer Unternehmen hat Frau Spengler-Knappe auch die Geschäftsführung der LFD Holding GmbH übernommen.

Frau Spengler-Knappe geht auf die Ausführungen Herrn Riedners ein und informiert über den Werdegang der Veräußerung der GmbH. Sie stellt den neuen Eigentümer, Herrn Thomas Strehl, Verwaltungspräsident der Terra Grundwerte AG, vor.

Herr Köberle erklärt, dass sich der Antrag der AfD-Fraktion auf das 2. Verfahren, welches innerhalb der Gerichtsverfahren läuft, bezieht. Zum ersten gibt es die Klage der Hansestadt Osterburg gegen das Landesverwaltungsamt gegen den Genehmigungsbescheid. Dieses Verfahren wird nicht angegriffen, die Klage läuft weiter.

Im 2. Verfahren klagt die Mesa Agrar GmbH gegen das Landesverwaltungsamt gegen die Verweigerung der sofortigen Vollziehbarkeit des Antrages. Das heißt, das Landesverwaltungsamt könnte trotz der Klage der Hansestadt Osterburg sagen, die Mesa Agrar GmbH darf trotzdem bauen. Das macht das Landesverwaltungsamt aber

nicht. Daraufhin hat die Mesa Agrar GmbH die Klage eingereicht. Der AfD-Fraktion geht es darum, dass die Hansestadt Osterburg im 2. Verfahren, wo sie nur beigeladen und nicht unmittelbarer Prozessgegner ist, ihren Widerstand gegen die sofortige Vollziehbarkeit aufgibt und signalisiert, dass sie den ersten Ausbauschnitt genehmigen würde.

Auf der Sitzung am 05.02.20 haben sich Vertreter des Stadtrats, der Bürgermeister sowie Vertreter der Mesa Agrar GmbH und die Anwälte beider Parteien zusammengesetzt mit dem Ergebnis, dass dies über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag möglich ist. Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag ist heute nicht Bestandteil dieses Tagesordnungspunktes, sondern der Antrag der AfD-Fraktion. Nur, wenn der Stadtrat diesem Antrag zustimmen würde, erfolgt die Ausarbeitung des Vertrages. Dann würde der Stadtrat in den nächsten Sitzungen über diesen Vertrag beraten und beschließen.

Herr Tramp kritisiert, dass der Vertragsentwurf den Ausschussmitgliedern zur heutigen Beratung nicht vorgelegt worden ist. Wie sieht der OR Königsmark die neue Situation?

Herr Schulz betont, dass es erst des Beschlusses des Antrages der AfD-Fraktion bedarf, um überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ausarbeiten zu können. Wenn die Stadt ihren Widerstand nicht aufgibt, braucht auch kein Vertrag erarbeitet werden. Auch nach Zustimmung des Stadtrates wird unser Widerstand beim Landesverwaltungsamt nicht zurückgezogen, sondern erst nach Beschlussfassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages. Das Hauptverfahren bleibt unabhängig von dieser jetzigen Beschlussfassung weiter bestehen. Der Anwalt der Hansestadt hat empfohlen, dem Abschluss eines solchen Vertrages zuzustimmen.

Herr Moser verliert stellvertretend für einen großen Teil des Ortschaftsrates Königsmark eine Meinung zu dem Thema: „Wenn man sich an die Gesetze hält, muss man auch machen dürfen. Ich finde, der Kompromiss kann für uns nur von Vorteil sein. Bis zur endgültigen Entscheidung nur Umbau der vorhandenen Ställe, also keine Aufstockung plus Aufbau von Abluftwäschen auf die vorhandenen Ställe. Keine Regressforderungen mit Entscheidung zugunsten der Mesa Agrar GmbH.“ Er fragt nach, wie ist der Eintrag von Antibiotika in die Umwelt? Wie hoch ist der Nitrateintrag? Reichen die Flächen aus? Wie ist der Gesundheitsschutz in der jetzigen Zeit der Pandemie durch die erforderlichen Transporte bzw. die Fahrer? Aufgrund der real existierenden Geruchsbelästigung besteht für ihn als absolute Priorität der Aufbau der Abluftwäschen. Wenn danach keinerlei Geruchsbelästigung mehr vorhanden ist, dann könnte er der Erweiterung der Anlage zustimmen.

Frau Spengler-Knappe erklärt, dass die Behandlung der Tiere mit Antibiotika immer nach Notwendigkeit und Behandlungsplan des Tierarztes erfolgt. Es gibt Impfpläne und ein Antibiotika-Monitoring, welches vom Land überwacht wird. Über den Eintrag von Antibiotika in die Umwelt kann sie keine Auskünfte geben, das können nur Wissenschaftler.

Mit der Novellierung der Düngeverordnung wurde die Ausbringung von Gülle pro ha weiter eingeschränkt. Es gibt ausreichend Abnehmer der Gülle. Die Mengen und die Abnehmer der Gülle und Gärreste müssen in einer Wirtschaftszifferndatenbank erfasst werden und werden auch mit den Daten der Abnehmer abgeglichen. Die Kontrolle erfolgt über die Landesverwaltungsämter, an wen ist welche Menge mit welchen Inhaltsstoffen gegangen.

Für die in Mecklenburg existierenden Abluftreinigungsanlagen ist wöchentlich die Betriebszeit nachzuweisen zum Nachweis der Funktionstätigkeit.

Herr Gose verliest den ersten und letzten Absatz des der Beschlussvorlage beigefügten Schreibens der Anwaltskanzlei v. Jagow vom 01.04.2020 und befürwortet den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Herr Handtke fragt nach, was es mit der Befristung des Vertrages bis 2025, welche auf der Beratung am 05.02.2020 genannt worden ist, auf sich hat.

Herr Genth, RA der Mesa Agrar GmbH, erläutert, dass frühestens am 01.01.2025 mit der 2. Ausbaustufe begonnen wird. Das heißt, dass selbst, wenn durch das OVG die Klage entschieden werden würde, nicht vorher mit der 2. Ausbaustufe begonnen werden würde.

Herr Strehl stellt sich den Anwesenden vor und stellt klar, dass das, was mit Herrn Göppert, vormals Geschäftsführer der LFD Holding, besprochen worden ist, auch weiterhin seine Gültigkeit behält.

Herr Lenz verliest den Beschlusstext der AfD-Fraktion in verkürzter Form vor und lässt darüber abstimmen.

### **Beschlusstext:**

siehe Antrag der AfD-Fraktion vom 07.04.2020

(„Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt, dass die Hansestadt Osterburg (Altmark) in dem von der MESA Agrar GmbH gegen das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt geführten gerichtlichen Eilverfahren (Az.: 4 B 105/19 MD) einer sofortigen Vollziehbarkeit des Genehmigungsbescheides nicht weiter entgegentritt. Die Hansestadt Osterburg stimmt der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit der Genehmigung im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zu. Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt und der MESA Agrar GmbH einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu erarbeiten. Das Klageverfahren gegen den Genehmigungsbescheid vom 28.02.2019 (Az.: 4 A 94/19 MD) wird indes weiter fortgesetzt.“)

ungeändert beschlossen  
Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0

## **7. Bericht über laufende Baumaßnahmen**

Herr Köberle informiert über den Stand folgender Baumaßnahmen:

- Grundschule Flessau, Innen- und Außenbereich  
Fertigstellung der Arbeiten Ende Mai
- Notunterkunft in Osterburg

## **8. Stand der Planungen zur BAB 14**

Herr Köberle informiert über die Absage der Erörterungstermine in Osterburg am 26. und 27.03.2020 sowie auch in Halle am 20. und 21.04.2020. Neue Termine liegen noch nicht vor.

## **9. Informationen des Bürgermeisters**

Herr Schulz informiert über den derzeitigen Stand der Corona-Pandemie in Osterburg. Um den Einzelhandel in der Innenstadt wieder anzukurbeln, hat er den Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen, vier Wochen auf die Parkgebühren zu verzichten. Hierzu bittet er um entsprechende Antworten.

Herr Schulz nimmt Stellung zu dem in der 16. KW in der Presse veröffentlichten Leserbrief von Herrn Matthias Klimek. Es wäre gut gewesen, wenn unter dem Verfasser des Artikels auch dessen Wohnort, nämlich Augsburg, stehen würde.

## **10. Anfragen und Anregungen**

Herr Handtke, Frau Matzat, Herr Gose sowie Herr Moser stimmen dem Erlass der Parkgebühren bis zum 31.05.2020 zu.

Herr Moser regt aus gegebenem Anlass an, an der Kreuzung Poststraße/Breite Straße/Kirchstraße in der Breiten Straße ein STOP-Schild für Radfahrer anzubringen, so dass diese den übrigen Straßenverkehr beachten müssen.

Herr Guse weist darauf hin, dass auf den Gehwegen Rad gefahren wird.

Herr Elsholz schlägt vor, hier durch die Polizei Verkehrserziehung zu betreiben, eventuell 2- bis 3-mal pro Jahr.

gez. Matthias Lenz  
Vorsitzender

gez. Elke Hoffmann  
Protokollantin